

# Lebensstadt



DIE LINKE in Solingen

Mai 2021

*Trotz Auflagen*

## 1. Mai: Kundgebung am Neumarkt

Am 1. Mai trafen sich 60 Gewerkschafter\*innen und Aktivist\*innen aus unterschiedlichen Bewegungen und Migrantenorganisationen am Neumarkt, um die traditionelle Mai-Kundgebung abzuhalten. Es gab zahlreiche Auflagen und eine Beschränkung der Teilnehmerzahl, aber zum Schluss sprachen acht Redner\*innen zur momentanen Situation von Kindern und Jugendlichen, in Familien, den Arbeitsbedingungen im Klinikum, Fridays for Future in Coronazeiten, der Einschränkung demokratischer Rechte in Zeiten der Pandemie und zu der Frage, wer die ganzen aufgehäuften Schulden bezahlen soll.



Stellvertretend für alle drucken wir hier die Rede einer Kollegin aus dem Städtischen Klinikum ab, die grossen Anklang fand:

„Ja, hallo, ich begrüße Euch herzlich zum 1. Mai. Die, die noch nicht wissen, wer ich bin: ich bin Silke Schmidt, in bin tätig im Klinikum, in der Strahlentherapie als MTA, und ich wollte Euch erzählen, was seit der Pandemie im Klinikum eigentlich los ist. Wir haben Corona, wir haben Pandemien schon immer gehabt, wir haben gedacht, wir sind vorbereitet. 2012 gab es schon den SARS-2, wovor alle gewarnt haben, wo Virologen gewarnt haben: ja, es kann gefährlich werden. Dann kam die Schweinegrippe, und es wurde dann doch nicht so gefährlich. Es wurden Pandemiepläne gemacht, es wurden Rufnummern akquiriert von allen Gesundheitskräften. Wir haben gedacht, wir sind vorbereitet. Dann vorletztes Jahr im Dezember hieß es: wir haben COVID-19. Es war weit weg, es war in China, dachten wir. Herr Spahn hat gesagt: wir sind vorbereitet, alles ist gut. Wir haben ihm vertraut, wir haben ge-

dacht: klar, Pandemiepläne sind da, es wird nichts schief gehen. Und auf einmal kam Corona nach Deutschland, und auf einmal hatten wir nichts! Wir hatten viele kranke Menschen, wir hatten keine FFP2-Masken in den Krankenhäusern, wir hatten keine Handschuhe. Wir hatten einen Mundschutz pro Woche. Wir hatten Handschuhe zwei Paar die Woche gekriegt, die wir desinfizieren mussten. Wir hatten kaum Desinfektionsmittel. Wir sind jeden Tag mit Angst ins Klinikum gegangen um uns anzustecken. Wir wurden beklatscht, wir wussten nicht, was wir davon halten sollten ehrlich gesagt. Wir wollten eigentlich lieber die auf der Seite sein, die klatschen, als jeden Tag uns zu gefährden, wo keiner wusste, wie hoch die Gefahr eigentlich ist.

Dann in der zweiten Welle hieß es: ja, ihr bekommt mehr Personal. Wir haben vorgesorgt, wir haben viele Betten. Wir haben das Theater und Konzerthaus, da haben wir Betten. Wir haben genug Beatmungsgeräte.

Dann stellte man fest: ja komisch, wir haben ja gar kein Personal dafür! Wenn

man sich jetzt das Intensivregister anguckt, wir haben 23.000 Intensivbetten, davon sind 5.000 mit Coronapatienten belegt. So, das sind aber keine Möbelstücke! Das sind Betten, die von medizinischen Kräften betreut werden können in einem Land mit 82 Millionen Einwohnern.

So, wir haben im Moment eine Situation, wo wir einen Virus haben, den wir mit einfachen AHA-Regeln und Mundschutz relativ im Zaum halten können. Was ist, wenn wir eine schlimmere Pandemie bekommen? Was ist, wenn wir durch die Klimakrise jetzt schlimmere Pandemien bekommen? Reichen da wirklich diese 23.000 Betten für 82 Millionen Menschen?

Wie gesagt, das sind keine Möbelstücke, das ist Personal, was fehlt! Für Eure Gesundheit. Für uns, für unsere Kliniken, für unser Leben letztendlich. Und dieser Kampf, für die Krankenhäuser, für die medizinischen Fachkräfte, das ist Euer Kampf, das sind nicht wir. Wir wollen auch nicht mehr

(Fortsetzung S. 2)

*Liebe Leser\*innen,*

in dieser Ausgabe der Lebensstadt informieren wir Sie,

wie auch unter Corona-Bedingungen demonstriert werden kann,

über die Sozialberatung der Linken,

Fridays for Future in Solingen,

Armut und Suppenküchen in unserer Stadt,

Mietpreisproteste in Deutschland,

die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern,

und warum wir am Wenzelnberg einen Kranz nieder gelegt haben.

Außerdem berichten wir von den letzten Ostermärschen, an denen einige von uns teilgenommen haben,

wir kommentieren die momentan diskutierte „Rente mit 69“,

bringen einen Bericht über Protestaktionen aus katholischen Gemeinden in Ohligs,

und informieren über das Leben von Rosa Luxemburg, einer deutschen Sozialistin, die dieses Jahr ihr 150-jähriges Jubiläum feiert.

**Wir wünschen Ihnen auch diesmal wieder viel Spaß beim Lesen!**

**DIE LINKE.**  
S o l i n g e n

**„Pendler-Quarantäne“**

**Wo bleibt der Arbeitsschutz?**

Die Ämter bekommen seit der Corona-Pandemie immer mehr Macht. Insbesondere das Gesundheitsamt darf mittlerweile Entscheidungen fällen, die früher uns selbst überlassen wurden. War es früher so, dass Beschäftigte in Quarantäne vom Arbeitsplatz fernbleiben mussten, ist das heute nicht mehr selbstverständlich. Gehört man einem „systemrelevanten Beruf“ an, muss man trotz Quarantäne arbeiten! Allerdings ist der „systemrelevante Beruf“ ein äußerst schwammiger Begriff. Von der medizinischen Versorgung von Patient\*innen, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen über die Produktion von Desinfektionsmitteln, Arbeit in einer Behörde, Tätigkeiten in der Energie- und Wasserversorgung, bei der Müllabfuhr, in Abfall- und Entsorgungsbetrieben, als EDV-Fachmann in Unternehmen oder einfach nur als Aushilfe Regale im dm einräumen gehört alles dazu. Früher griff hier immer zuerst der Arbeitsschutz. Jetzt bestimmt das Gesundheitsamt, ob man weiter arbeiten muss und in seiner Freizeit in Quarantäne ist – oder nicht. Abgesehen davon, dass man sich nicht in einer Zwei-Zimmer-Wohnung von seiner Familie isolieren kann, stört DIE LINKE, dass kaum über Vorsorge am Arbeitsplatz gesprochen wird. KiTas und Schulen werden ständig neuen Bestimmungen unterworfen, Ausgangssperren werden verhängt, nur die Ansteckungen am Arbeitsplatz werden nicht einmal statistisch erfasst. Niemand weiß, wie häufig sich die Menschen in den Firmen anstecken. Die Regierung versucht, Corona über die Freizeit der Bürger in den Griff zu bekommen. Der Arbeitsplatz bleibt eine heilige Kuh, die Produktion geht vor. Der Deutsche soll arbeiten, egal unter welchen Umständen! Seit Ende April finden dagegen linke Demos in Frankfurt, Köln, Düsseldorf oder Berlin statt. Deren Motto ist „Der Virus geht tagsüber arbeiten und nicht abends spazieren!“

(Fortsetzung von Seite 1)

Geld, wir wollen Bedingungen, die nicht krank machen. Wir wollen Bedingungen haben, die uns ermöglichen, wo wir unsere Wirbelsäule bis zur Rente gesund halten können, unsere Psyche gesund halten wollen. Wir wollen einfach einen sicheren Job, und mit sicher meinen wir: mit sicheren Bedingungen!

Es geht nicht nur um Geld! Den Corona-Bonus haben wir bekommen, alles schön und gut!

Aber das, was wir das Jahr über erlebt haben ... Ich weiß nicht, wie es ist, wie Ihr Euch vorstellen würdet, diese Masken acht Stunden zu tragen, damit zu reanimieren, damit zu arbeiten. Die Berufsgenossenschaften sagen: Wir sollen alle 70 Minuten eine Pause von 30 Minuten Maskenpause einlegen. Ich habe in dem Jahr noch nie eine Maskenpause gemacht! Man bekommt Kopfschmerzen, man ist einfach durch, man kann nicht mehr, wenn man abends nach Hause kommt.

Auch wir brauchen in unserem harten Beruf eine Psychohygiene. Wir brauchen Kultur, wir brauchen Freizeit, wir brauchen Kino, um das zu verarbeiten, was wir tagsüber erleben. Das ist nicht gegeben. Wir müssen immer in der Arbeit funktionieren, unter den schwersten Bedingungen, und wir müssen immer alles richtig machen, wir dürfen keine Fehler machen. Da hängen Menschen-

leben dran. Und wir wollen, dass das honoriert wird. Wir wollen eine Rente haben, mit der wir auskommen können. Wir wollen einen Beruf haben, der nicht krank macht.

Wenn wir Feierabend hatten, wurden wir von vielen Leuten gemieden, weil die ja nicht wussten, ob wir was haben, ob wir sie anstecken. Es wurden Kolleginnen und Kollegen diskriminiert, wenn sie mit Berufskleidung im Ambu-

lanten Pflegedienst Tankstellen betreten haben. Ich weiß nicht, man kommt sich wirklich vor, als wäre man aussätzig in einer Gesellschaft, wo man für die Kranken eintritt. Das geht nicht!

Wir wollen einfach als Berufsgruppe die Anerkennung haben, und wir wollen, dass diese Regierung endlich funktioniert und, statt die Lufthansa zu finanzieren, endlich die Fallpauschalen abschafft und Geld in die Krankenhäuser steckt. Wir wollen, dass die Bedingungen auf den Intensivstationen, in der Pflege endlich angegangen werden. Wir wollen Personal, wir wollen Krankenpfleger im Krankenhaus haben, keine Bundeswehr. Es ist alles Makulatur! Wir freuen uns, dass die Bundeswehr hilft, das ist erst einmal ein Trostpflaster, aber dann, nachher, wenn die Pandemie vorbei ist, sind die weg, und es geht weiter. Es werden weiterhin Krankenhäuser privatisiert, es werden wieder Betten gestrichen. Das muss aufhören!

Nicht für uns – für uns alle in dieser Gesellschaft.“



**Anruf genügt!**

**Sozialberatung der LINKEN**



Die LINKE Solingen führt regelmäßig Sozialberatungen durch. Hier werden Ratsuchende in Fragen von „Hartz IV“ kostenlos beraten und unterstützt.

Die Beratung umfasst die Erstantragsstellung, die Überprüfung von „Bescheiden“, Hilfe bei der Abfassung von Widersprüchen gegen Entscheidungen des Jobcenters oder Überprüfungsanträgen, wenn der Verdacht besteht, dass das Jobcenter in

der Vergangenheit falsche Bescheide erlassen hat.

Die bei uns tätigen Beratenden leisten diese Arbeit ehrenamtlich. Sie betrachten ihre Arbeit nicht als „Sozialarbeit“ sondern versuchen mit den Ratsuchenden Wege zur Selbsthilfe zu erarbeiten und zu organisieren. Vor den anhaltenden pandemie-bedingten Einschränkungen berieten unsere Sozialberater\*innen in unserem Parteibüro auf der Grünwalder Straße. In der Kreisgeschäftsstelle finden jedoch bis auf weiteres keine Beratungen statt.

Wir suchen auch noch Ehrenamtler\*innen, die bereit wären, unsere Sozialberatung zu unterstützen.

Unsere Termine sind dienstags von 11–13 Uhr unter

0212/88 99 94 87 (Festnetz) oder  
0160/204 61 15 (Mobilnetz) oder  
@sozialberatung@dielinke-solingen.de



# Solinger LINKE wählt neuen Vorstand

## Wofür sich die einzelnen Vorstandsmitglieder einsetzen wollen

**Adrian Scheffels**



„Ich bin Adrian, 27 Jahre alt und Kreissprecher der LINKEN in Solingen. Als Wirtschafts- und Politikwissenschaftler kämpfe ich für eine solidarischere Gesellschaft.“

Eine Gesellschaft in der Arbeit, Wohlstand und Anerkennung gerecht verteilt sind; eine sozialistische Gesellschaft!“

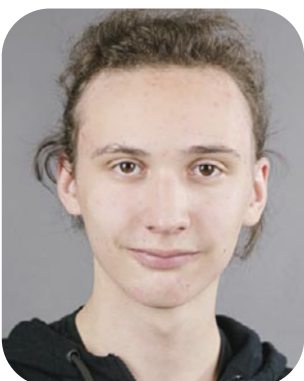
**Alexandra Mehdi**

„Nach langer Zeit als Kreissprecherin und etwas Abstand, möchte ich nun im Vorstand gerne mit dafür sorgen, dass stärker sichtbar und spürbar wird, warum es DIE LINKE in Solingen gibt. Konkret möchte ich unsere Ideen in die verschiedenen Bündnisse Solingens einbringen, gemeinsame Teilnahmen an Demos und Kundgebungen innerhalb und außerhalb unserer Stadtgrenzen organisieren und unseren medialen Auftritt mit gestalten.“



**Jakob Höroldt**

„Ich möchte DIE LINKE Solingen für Jugendliche attraktiver machen. Dafür möchte ich die Verbindung zum Jugendstadtrat und zu Fridays-ForFuture verbessern und uns stärker in den Sozialen Medien repräsentieren.“



**Karin Seilheimer-Sersal**



„Ich bin Karin Seilheimer-Sersal und im Vorstand des Solinger Kreisverbands zuständig für den Bereich Finanzen.“

Darüber hinaus organisiere ich dienstags die Sozialberatung der LINKEN, momentan als telefonisches Angebot.“

**Marc Scheffels**

„Marc, 55 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder, geboren in Solingen. Beruflich arbeite ich nach vielen Jahren in der Zollverwaltung als Spezialist für Zoll- und Außenwirtschaftsrecht.“

Als früherer PDS-Kreissprecher stehe ich für eine demokratische, oppositionelle Linke mit Gestaltungswillen.“



**Michael Scharmann**

„Unser Gesellschaftssystem spielt uns gegeneinander aus: Deutsche gegen Migrant\*innen, Männer gegen Frauen, Arbeiter und Angestellte gegen Zeitarbeiter, Einheimische gegen Flüchtlinge“

...

Wenn wir etwas erreichen wollen,



müssen wir uns gegenseitig unterstützen und zusammen tun. Hierin sehe ich meinen Schwerpunkt im Vorstand“

**Silke Schmidt**

„Mein Name ist Silke Schmidt, ich bin 43 Jahre alt und von Beruf MTA in der Strahlentherapie. Ich engagiere mich seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeberufen und kämpfe gegen die Privatisierungen von Krankenhäusern. Kliniken und Altenheime gehören in öffentliche Hand. Menschen sind wichtiger, als Profite.“



**Ulrike Zerhau**

„Ulrike Zerhau, Kreissprecherin. Ich will mehr Demokratie in allen Lebensbereichen. Die Menschen müssen überall mitentscheiden können: am Arbeitsplatz, bei der Gestaltung der Wohnviertel, überhaupt, welche Politik unsere Stadt steuert. Maßstab darf nicht sein, ob eine Maßnahme sich rechnet, sondern ob sie das Leben der Menschen verbessert.“



**Armut in Solingen****Gas- und Stromsperren,  
Wohnungsverlust**

Nach dem Bericht der Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfallhilfen (ZFS) wurden im letzten Jahr in Solingen 330 Haushalten das Gas und der Strom abgestellt. Zwar kam den Stadtwerken dies in Coronazeiten ein wenig unmenschlich vor, und sie stoppten diese Praxis. Allerdings hielt das schlechte Gewissen nur bis zu Beginn des Coronaausbruchs im April und Mai. Danach stellten die Stadtwerke Gas und Strom wieder ab, wenn man nicht zahlen konnte. Was das bedeutet, wenn die Bürger in Coronazeiten verpflichtet sind, sich zu Hause aufzuhalten, kann sich jede/r denken!

Von den Hilfesuchenden, die von der ZFS beraten wurden, waren 43,8 % Familien mit ausländischem Pass, dicht gefolgt von 41 % Familien mit Kindern.

Wenn sie in einer ähnlichen Situation sind, lassen sie sich helfen: die ZFS berät sie unter Tel. 290-2220

**Immer mehr Solinger  
auf Suppenküchen  
angewiesen**

Was früher mit Obdachlosen begann, wird heute zum regulären Angebot für die mittellose Bevölkerung. Neben dem Angebot der „Tafel“ werden zunehmend auch Suppenküchen und andere Essensausgaben von der Heilsarmee und den kirchlichen Gemeinden organisiert.

Allein in Solingen-Wald werden auf der Corinthstraße ca. 300 Mahlzeiten die Woche ausgegeben. Vor allem Familien mit Kindern und alte Menschen, bei denen die Rente nicht mehr reicht, stehen vor den Ausgabestellen.

DIE LINKE fordert eine Grundsicherung von 1.200 Euro für alle, damit solche beschämenden Zustände ein Ende haben!

**Klima Aktivismus während der Pandemie****Wie Fridays for Future Solingen  
zu Corona Zeiten aktiv**

Seit über zwei Jahren ist in Solingen eine Fridays for Future Ortsgruppe aktiv. Doch seit über einem Jahr ist Schluss mit großen Demonstrationen. Aber die Bewegung macht weiter.

Die Fridays for Future Bewegung kämpft seit über zweieinhalb Jahren für eine gerechte Klimapolitik, Nachhaltigkeit und den Schutz der Erde. Auch Solingen hat eine Ortsgruppe, welche vor der Pandemie noch Aktionen und Demonstrationen - die größte mit Eineinhalbtausend Menschen - organisierte. Schüler\*innen ließen die Schule aus um für ihre Zukunft einzutreten. Doch mit dem Beginn der Pandemie wurden Demos nur noch schwer bis gar nicht möglich.

„Die Corona Pandemie stellt uns vor eine große Herausforderung. Obwohl Demos nur begrenzt möglich sind, wollen wir sichtbar bleiben. Daher

sind wir zur Zeit sehr stark auf die sozialen Medien angewiesen“, meinte Lenja Königs, eine der Solinger Aktivist\*innen, zu der Lage.

So fand am 19. März, dem letzten Klimastreiktag, keine klassische Demonstration statt, stattdessen veranstaltete die Solinger Ortsgruppe einen Livestream. Diesen konnte jeder auf YouTube verfolgen und auch Schulen banden den Stream in den Unterricht ein.

Um die sonst Streikenden Schüler durch das Internet einbinden zu können, gab es für die Zuschauer die Möglichkeit Fragen an die Interviewten Politiker, wie beispielsweise den Oberbürgermeister Tim Kurzbach oder die Nachhaltigkeitsbeauftragte Arianne Bischoff zu stellen. Auch eine Social Media Aktion wurde veranstaltet, bei dieser konnte jeder ein Bild mit Demoschild und dem Hashtag #AlleFür1Komma5 hochladen, um Solidarität mit der Bewegung und ihren Klimaziele zu zeigen. Diesen Aufruf folgte auch die Linke Solingen auf Instagram mit einer Collage verschiedener Mitglieder.

Wie es weitergeht hängt, wie bei so vielem, von dem Verlauf der Pandemie ab. So lange ist die Bewegung weiter auf Aktionen, welche entweder rein Digital sind oder mit dementsprechenden Aufwand zum Schutz aller anwesenden verbunden sind, angewiesen.

**Berliner gehen auf die Straße****Proteste gegen steigende Mieten!**

Wohnen wird immer teurer. Vor allem in den Städten explodieren die Mietpreise.

Deshalb hatte eine Koalition aus der LINKEN, Grünen und der SPD in Berlin einen „Mietendeckel“ beschlossen, der die Mietsteigerung in Grenzen hielt. Am 15. April hat das Bundesverfassungsgericht diese soziale Maßnahme gekippt: das Land Berlin wäre gar nicht berechtigt, einen solchen Beschluss zu fassen. Das wäre Bundessache. Die Mietbegrenzung wurde aufgehoben.

Spontan und nur über Twitter organisiert gin-

gen darauf hin noch am selben Tag die Berliner auf die Straße.

15.000 Menschen versammelten sich am Hermannsplatz und zogen zum Kottbusser Tor nach Kreuzberg. Dort wurde die Demonstration mit Reizgas und Schlagstockeinsatz von der Polizei aufgelöst.

Die Mietsteigerungen der letzten Jahre bergen einen ungeheuren sozialen Brennstoff. Wenn man nur noch für seine Miete arbeiten muss und sich kaum noch etwas leisten kann, werden immer mehr

Menschen auf die Straße gehen. In Berlin hat sich schon vor längerer Zeit eine Initiative für ein Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co enteignen!“ gebildet. Die LINKE unterstützt diese Initiative. Doch auch nach dem BVG-Urteil ist eine Begrenzung der Mietsteigerungen möglich! Wenn der Mietendeckel Bundessache ist, wird DIE LINKE nun auf Bundesebene noch mehr Druck machen, um Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieten zu schützen. Mit dieser Politik für Reiche und Lobbyisten muss jetzt Schluss sein!



*Der Schoss ist fruchtbar noch aus dem das kroch (B. Brecht)*

## Gedenken an die Erschossenen am Wenzelnberg



Im April 1945 wurden in einer Schlucht des Wenzelnbergs am Rand von Solingen kurz vor Kriegsende 71 Häftlinge aus dem Zuchthaus Lüttringhausen und dem Wuppertaler Polizeipräsidium von den Nazis ermordet.

Ihnen zum Gedenken legte DIE LINKE in einer Feierstunde am 25. April 2021 zusammen mit anderen Parteien, Organisationen und den Oberbürgermeistern von Solingen, Wuppertal und Remscheid einen Kranz nieder.

### Was geschah 1945 am Wenzelnberg?

Anfang April 1945 hatten die Amerikaner bereits Köln eingenommen, im Münsterland standen die Briten, der Krieg war ganz offensichtlich verloren.

Aber kurz vor dem Ende des Krieges wollten die Nazis noch verhindern, dass sich gefangene Oppositionelle nach dem Krieg wieder politisch betätigen könnten. Es handelte sich hierbei ausschließlich um Verdächtige, die noch keinen Prozess gehabt hatten.

Das Reichssicherheitshauptamt gab den Befehl an die Staatspolizei, „ausländische Arbeiter und ehemalige deutsche Kommunisten“ die vorhätten, sich „umstürzlerisch zu betätigen“ zu „vernichten“. Es solle „in allen sich zeigenden Fällen sofort und brutal“ zugeschlagen werden.

Ab März kam es in Warstein, Lüdenscheid, Ha-

gen, Dortmund und Essen immer wieder zu Hinrichtung von politischen Gefangenen.

Am 10. April verlangt die Gestapo beim Leiter des Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen die sofortige Überprüfung aller Insassen. Gesucht würden politische Oppositionelle.

Dem Leiter der Anstalt Dr. Engelhardt gelang es, die ursprünglich geforderten 600 Gefangenen auf 90 zu reduzieren. Des Weiteren gelang ihm die Ausklammerung aller ausländischen Gefangenen.

Während die Überprüfung der Gefängnisinsassen noch lief, wurde zur gleichen Zeit am Wenzelnberg bereits eine riesige Grube durch ausländische Zwangsarbeiter ausgehoben.

Den Arbeitern teilte man mit, die Grube, deren Maße genau bestimmt waren, werde als Panzergraben benötigt.

Am 13. April schließlich wurden die 71 Männer an den Wenzelnberg (nahe „Haus Lohmann“) verbracht. Die Männer wurden dort paarweise an den Daumen zusammengebunden und durch Genickschuss getötet. Ortsansässige sprechen auch von nicht erschossenen Männern, die gefesselt in die Grube fielen und lebendig begraben wurden.

Die LINKE gedenkt jährlich den Opfern des Wenzelnbergs und hält die Erinnerung an diese Männer wach, die noch kurz vor der Befreiung ihr Leben gaben.

### equal pay

#### Frauen verdienen im Schnitt weniger als Männer

Ob in Reinigungsberufen, der Altenpflege, im Krankenhaus, im Erziehungs- oder Sozialberuf, es sind meist Frauen, die hier die Mehrheit der Mitarbeiter\*innen stellen.

In diesen Berufen wird generell schlechter bezahlt, weil sich hier private und kirchliche Anbieter tummeln, die nicht tarifgebunden sind oder eigene Tarifverträge haben, welche dem öffentlichen Dienst schlechter gestellt sind.

Die finanziellen Auswirkungen zeigen die Statistiken. Nach den letzten Zahlen des Statistischen Bundesamtes erhalten Frauen im Durchschnitt 19 % weniger Lohn für eine vergleichbare Tätigkeit als Männer.

Rechnet man diesen Prozentwert in Tagen um, arbeiteten Frauen durchschnittlich 69 Tage, also vom 1. Januar bis 10. März 2021, umsonst.



Die Linke fordert flächendeckende und einheitliche Tarifverträge bei gleichem Lohn für Männer und Frauen!



Mickes on Jupp

**Arbeiten bis zum Umfallen?**

War die Rente einst ein „Generationenvertrag“, wo Ältere einzahlten und die Jüngeren später die Rente wieder auszahlten, ist Rente heute immer unsicherer. Vom Generationenvertrag ist auch nicht mehr die Rede, nur noch von den massiven Staatsschulden.

Jetzt haben sich die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute zu Wort gemeldet: das RWI in Essen, das Berliner DIW, das Ifo-Institut in München, das Kieler IfW sowie das IWH in Halle.

Angesichts der steigenden Staatsschulden sprechen sich diese Institute für eine Erhöhung des Rentenalters auf 69 Jahre aus. Es werde eine Herausforderung, die Staatsfinanzen nach der Pandemie wieder auf eine solide Basis zu stellen, hieß es. Die Rentenauszahlungen würden zu kostspielig, ein höheres Rentenalter dagegen könne die Staatsfinanzen stützen.

„Viele Menschen in psychisch oder physisch anstrengenden Berufen schaffen es schon heute nicht, bis 67 Jahre zu arbeiten“, erklärte dazu die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Verena Bentele.

Der AWO-Vorsitzende Wolfgang Stadler äußerte sich ähnlich: „Ein weiterer Anstieg des Renteneintrittsalters geht an der Realität vieler Menschen in diesem Land vorbei und würde mehr Probleme schaffen als lösen.“

**Wir hätten da mal ein paar Fragen:**

Wie viele Menschen sind in ihrem Beruf bis 69 überhaupt noch arbeitsfähig?

Welcher Arbeitgeber stellt 65-jährige ein, die noch vier Jahre arbeiten müssten?

Wie viele Menschen erreichen überhaupt noch das Alter von 69 Jahren?

Und wieso ist unsere Rente plötzlich dazu da, die enorme Geldverschwendung der Bundesregierung während der Corona-Pandemie zu finanzieren?

**Ostermarsch 2021**

**oder: Wie wir gegen schmutzige Kriege auf die Straße gingen...**



„Stell Dir vor es ist Krieg, und keiner geht hin!“ – ein Spruch den viele von uns kennen, er bleibt ein frommer Wunsch. Passender in diesem Jahr ist wohl leider die Aussage „Stell Dir vor es ist Ostermarsch, und keiner geht hin“.

Ein Virus lähmt seit über einem Jahr große Teile des Lebens. Fast alles, was das Leben lebenswert macht, liegt brach: Kultur, Bildung sind auf Sparflamme, Menschen weltweit bangen um ihre Existenzen, es bleibt nicht einmal das Menschlichste - die Nähe zueinander. Doch völlig unbeeinträchtigt von all dem läuft die Aufrüstungsspirale weiter, die Rüstungsindustrie produziert und auch weiter findet jede Waffe ihren Krieg. Geopolitische Interessen werden trotz einer Pandemie mit militärischen Mitteln durchgesetzt, was immer weiter Menschen in die Flucht treibt. Zumeist sind es die, die die Pandemie zudem auf Grund ihrer Lebensumstände und Armut ohnehin am härtesten trifft.

Denn keineswegs trifft dieses Virus alle Menschen gleich! Bewegungen wie Fridays for Future haben auch stärker ins Bewusstsein gebracht, wie groß der Zusammenhang zwischen Klimazerstörung und Krieg ist – Rüstungsproduktion, militärische Übungen und kriegerische Auseinandersetzungen treiben die CO<sub>2</sub>-Emissionen in die Höhe wie kaum etwas. Gründe für den Frieden auf die Straße zu gehen gab es also genug und unter

Einhaltung der Hygienevorschriften sollte dies auch in diesem Jahr wieder möglich sein. Wir beteiligen uns traditionell als LINKE. Soilingen an der Etappe des Ostermarschs Rhein-Ruhr in Düsseldorf- der in diesem Jahr unter dem Motto „Jetzt im Wahljahr 2021: Atomwaffenverbot umsetzen, Abrüsten, Klima schützen!“ stand. Nach einer kurzen Auftaktkundgebung zogen die ca. 300 Teil-

nehmer:innen durch die Düsseldorfer Innenstadt an das Rheinufer zu der Abschlusskundgebung, wo die LINKEN Europaabgeordnete Özlem Alev Demirel und die Geschäftsführerin des ver.di Bezirks Düssel-Rhein-Wupper Stephanie Pfeiffer sprachen.

Özlem Alev Demirel wies in ihrer Rede auf die wichtige Rolle einer Politik der Deeskalation und Diplomatie hin – statt Europa aufzurüsten, um im



Wettbewerb zwischen den Großmächten Russland, den USA und China militärisch mithalten zu können. Das Gebot der Stunde sei die Abrüstung! Sie kritisierte, dass die Rüstungsausgaben auf der einen Seite explodieren, auf der anderen aber beispielsweise das Geld in den Staatskassen fehle, um Schulen mit Luftfilteranlagen auszustatten.

Dieser Forderung schloss sich Stephanie Pfeiffer nahtlos an und betonte, wie sehr Corona gezeigt habe, dass international in Bereichen des Gesundheits- und Klimaschutzes zusammengearbeitet werden müsse.



## Katholische Kirche zunehmend unter Druck

# Der Fall der Mächtigen

Die Kirchengaustritte in Deutschland haben sich in den letzten Monaten fast verdoppelt. Besonders im Erzbistum Köln, zu dem Solingen gehört, gibt es eine nicht anhaltende Austrittswelle. Wie kommt es dazu?

Einer der Gründe liegt im Umgang der katholischen Kirche mit dem Missbrauch von Kindern in ihren Gemeinden. Der Kölner Kardinal Woelki wollte hierzu am 12. März letzten Jahres ein in Auftrag gegebenes Gutachten vorstellen. Dieses Gutachten wurde jedoch auf seine Anweisung hin unter Verschluss gehalten.

Gleichzeitig kamen Vorwürfe auf, Woelki handele auf Druck des langjährigen Generalvikars Norbert Feldhoff und des jetzigen Weihbischofs Dominikus Schwaderlapp.

Auch im Fall eines Düsseldorfer Pfarrers, der des Missbrauchs verdächtigt wird, hätte Woelki versucht, den Fall zu vertuschen, „aus Rücksicht auf den schlechten Gesundheitszustand des Pfarrers“, wie er sich nach den öffentlichen Vorwürfen dazu äußerte. Jetzt solle „Rom den Fall prüfen“.

Hinzu kam der Missbrauchsverdacht gegen einen Kerpener Pfarrvikar, der vorher in Solingen als Kaplan tätig war und sich nach Kerpen versetzen ließ. Das Erzbistum erklärte nun in einem „Proklamandum“, es „werde dem Fall weiter nachgehen und ihn vollumfänglich aufklären“.

Die Zweifel in der Bevölkerung wachsen jedoch genau daran.

Selbst der ehemalige Interventionsbeauftragte des Erzbistums Köln für den Umgang mit Fällen von sexuellem Missbrauch Oliver Vogt (inzwischen Leiter der Solinger Schulverwaltung) trat mittlerweile aus der Kirche aus. „Ich komme nicht mehr klar damit, dass führende Kirchenvertreter nicht bereit sind, moralisch Verantwortung für die Geschehnisse, an denen sie persönlich beteiligt waren, zu übernehmen“, sagte Vogt.

Die „Tagesthemen“ des ARD berichteten bereits im März von massiven Kirchengaustritten am Beispiel der katholischen Kirche Solingen-West und sendeten ein Interview mit einem Vertreter der Gemeinde St. Sebastian. Der Solinger Oberbürgermeister Tim Kurzbach, Vorsitzender des Kölner Diözesanrats, spricht von „der größten Krise, die wir alle je erlebt haben“.

Das Erzbistum Köln steht damit unter zunehmenden Druck. Wie reagieren sie?

Als Antwort veröffentlichten sie einen „8-Punk-

te-Plan“. Sie wollen bei Missbrauchsverdacht unter anderem eine „regelmäßige Kontrolle beschuldigter Kleriker“.

Was die Kirche an Gesprächen mit Missbrauchsverdächtigen führt, ist uns egal!

Nicht egal ist uns, ob ein Missbrauchsverdacht bei der Polizei angezeigt wird. Hier handelt es sich um ein Offizialdelikt, also um Verbrechen mit besonderer Schwere der Tat, welche der Untersu-

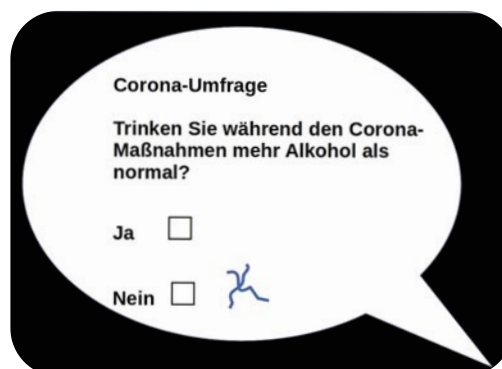


chung durch die Staatsanwaltschaft unterliegen. Eigentlich ...

... denn in Deutschland herrscht in der Kirche das „Kirchenrecht“, ein eigenständiges Recht, mit der die Kirche interne Vorfälle selbst bearbeiten darf. Genau dieses „Recht“ hat in der Vergangenheit zum Vertuschen geführt.

Es muss sofort aufhören, dass „Rom den Fall prüft“ oder erst einmal interne Gespräche mit Auflagen stattfinden. Die Möglichkeiten der Kirche, solche Vorfälle intern zu behandeln, müssen ein Ende haben. Ein Verdacht auf ein Verbrechen gehört nicht durch die Kirche „begleitet“, sondern der Staatsanwaltschaft übergeben, damit diese eigene Untersuchungen einleiten kann – wie in jedem anderen Fall auch!

Das Kirchenrecht dagegen ist ein Überbleibsel aus dem Mittelalter und gehört abgeschafft!



## Ohligser Gemeinden

### Nix Halbes und nix Ganzes

Zum Protest Solinger Gemeinden gegen die Vatikan-Erklärung „Responsum“:

2000 Jahre lang verfolgte die katholische Kirche Schwule und Lesben. Sie wurden ausgespielt, mit eigens entwickelten Werkzeugen zu Tode gefoltert (die „Birne des Papstes“) oder auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Jetzt hat die vatikanische Glaubenskongregation als Nachfolgerin der Inquisition noch einmal deutlich gemacht, wo die Kirche heute steht. Gleichgeschlechtliche Beziehungen zu segnen ist untersagt, da diese Verbindungen „nicht dem göttlichen Willen entsprechen“: „Gott kann Sünde nicht segnen“.

Deutschen Bischöfen wie Rudolf Voderholzer (Regensburg) und Stefan Oster (Passau) haben diese Erklärung ausdrücklich gelobt. Die Ehe sei „Plan Gottes“ und „auf die Zeugung und Erziehung von Nachkommenschaft hingeeordnet“, das darf man nicht mit einem Segen „verunkeln“.

Hierfür scheint sich die katholische Basis in Solingen zu schämen und will den „Sündigen“ mit christlicher Nächstenliebe zur Seite stehen.

Aber ach, sie sind in einer alten, reaktionären Einrichtung organisiert, und so gerät ihr Protest nur halbherzig. So hissen die Gemeinden in Ohlig vor ihren Kirchen die Regenbogenfahne der Schwulenbewegung und daneben die Fahne des Vatikans.

Wie das zusammen geht?

Indem man alles verwässert, Probleme beschönigt oder Symbole einfach umdefiniert. Aus der Regenbogenfahne machte die Gemeinde St. Sebastian in ihrer Osterzeitschrift „ein biblisches Zeichen für Gottes Bund mit allen Menschen“ – und schon passt's mit der Fahne des Vatikans zusammen.

Wir meinen: gut gemeint und schlecht gemacht!

**„Postgeheimnis“****Ein Grundrecht fällt**

Der Staat sieht es als seine Aufgabe an, sich um Sie zu kümmern. Auch um das, was Sie anderen an Briefen schicken oder was Sie sich als Paket zuschicken lassen.

Deshalb interessiert sich auch die Polizei für Ihre Post und guckt vorher rein. Der Empfang von Briefen und Päckchen wird damit abhängig von der Entscheidung der Polizei.

Das glauben Sie nicht? Wir hätten das Postgeheimnis im Grundgesetz verankert?

Am 22. Februar wurde in einer nächtlichen Bundestagsitzung still und leise und von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen dieses Recht abgeschafft. So steht in der Neufassung des Postgesetzes § 39, Absatz 4: In Zukunft müssen Post- und Paketboten „verdächtige Sendungen unverzüglich“ vor der Zustellung an die Polizei abliefern.

Die kontrolliert dann den Inhalt und entscheidet, ob der Brief oder das Päckchen ausgeliefert wird. Jeder noch so kleine Verstoß, alles, was nicht ganz legal ist, soll in Zukunft für Anzeige führen.

Wie in der DDR? Im Prinzip schon, nur dass es in der Bundesrepublik besser funktionieren wird.

Nachdem bereits Einschränkungen in der Versammlungsfreiheit und des Telefongeheimnisses beschlossen wurden fällt damit ein weiteres demokratisches Grundrecht.

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Solingen

Impressum:

**lebensstadt**

Zeitung der LINKEN in Solingen

Herausgeber: DIE LINKE.

Grünwalder Straße 63,

42657 Solingen

lebensstadt@dielinke-solingen.de

V.i.S.d.P.: Michael Scharmann

Alle Fotos im Eigenverlag oder

auf wikimedia commons ©

**150 Jahre Rosa Luxemburg****Eine deutsche Revolutionärin**

Sie kam aus Polen, war Jüdin, Feministin, Kriegsgegnerin und radikale Sozialistin – eine Todfeindin für jeden Rechten!

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 in Polen geboren. Schon als Schülerin legte sie sich mit den Herrschenden an. 1888 bestand sie ihr Abitur als Klassenbeste und mit der höchsten Note „ausgezeichnet“. Damals war es üblich, solch herausragenden Leistungen mit einer Goldmedaille auszuzeichnen. Der Rektor der Schule verweigerte ihr diese „wegen oppositioneller Haltung gegenüber den Behörden“.

Als sie anschließend bei der sozialdemokratischen Zeitung „Sächsische Arbeiterstimme“ als Chefredakteurin eingestellt wurde, blieb sie dort nicht lange. Die SPD-Führung sah sie als gefährlich an, sie verlor ihren Job. Als sie sich deswegen beim Parteivorsitzenden August Bebel beschwerte, verbot er ihr eine öffentliche Antwort: Sie habe sich „zu sehr als Frau und zu wenig als Parteigenossin gezeigt“. Diese negative Erfahrung förderte ihre späteren Angriffe auf die Machtstrukturen in der SPD.

Ab 1898 war Rosa Luxemburg Mitglied des Reichstags. Dort stimmte sie als Abgeordnete zusammen mit Karl Liebknecht gegen den 1. Weltkrieg. Damit waren sie in der SPD isoliert, die für den Krieg gestimmt hatte. Sie gründeten als Wortführer der Kriegsgegner die „Gruppe Internationale“, aus der später der Spartakusbund hervorging.

Aber auch in der Frage einer Regierungsbeteiligung vertrat sie eigene Vorstellungen. Sozialisten sollten keiner Regierungskoalition angehören, ihre Aufgabe wäre es, das Parlament als Bühne der Opposition in der Bevölkerung zu nutzen: „Worin sich die sozialistische Politik von der bürgerlichen unterscheidet, ist der Umstand, dass die Sozialisten als Gegner der gesamten bestehenden Ordnung im bürgerlichen Parlament grundsätzlich auf die Opposition angewiesen sind. Die vornehmste Aufgabe der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialisten, die Aufklärung der Arbeiterklasse, findet vor allem in der systematischen Kritik der herrschenden Politik ihre Lösung!“.

In ihren Reden gegen den Krieg kam sie oft mit dem Kaiserreich in Konflikt. Wegen „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit“ wurde sie immer wieder verhaftet. Doch trotz der vielen Haftstrafen wurde sie nie verbittert.

Rosa Luxemburg liebte das Leben. Die Gefängnisaufenthalte nutzte sie, um ihre Bücher zu schreiben.



Einer Freundin schrieb sie aus dem Gefängnis: „Dann sieh, dass Du Mensch bleibst: Mensch sein ist vor allem die Hauptsache. Und das heißt: fest und klar und heiter sein, ja heiter trotz alledem und alledem, denn das Heulen ist Geschäft der Schwäche.“

Und sie zeigte keine Schwäche! Im Gegenteil: selbstbewusst und frech trat sie ihren politischen Gegnern entgegen, legte sich mit den alten Männern der SPD an und machte sich über sie lustig („Phillip, das Scheidemännchen“).

Als Deutschland absehbar den Krieg verlor, forderte sie während der Revolution 1918 eine Republik aus Arbeiterräten, die Entmachtung des Militärs und organisierte den Spartakusaufstand. Dieser wurde blutig niedergeschlagen. Sie und Karl Liebknecht wurden von rechten Soldaten („Freikorps“) verhaftet, gefoltert und ermordet. Ihre Leichen warf man in den Landwehrkanal.

Rosa Luxemburg erlebt heute wieder ein Revival: zum einen als Feministin, zum anderen als deutsche Revolutionärin, die sich für eine konsequente Opposition im Parlament aussprach. Ihre mutige Haltung, ihr frecher Humor, ihre Lebensfreude und ihre unbeugsame Kraft dienen vielen bis heute als Vorbild.



**Wir wissen, dass abends viele Treffen stattfinden. Das wissen wir aus den Bewegungsprotokollen der Fahrzeuge, aus den Bewegungsprotokollen der Handydaten. Das heißt, es ist nicht so, dass die Menschen abends noch einmal um den Block alleine gehen, sondern sie treffen sich auch privat.**

**Karl Lauterbach, SPD-Gesundheitsexperte im WDR5 Morgenecho**